

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Lantowstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung:  
Dr. Otto Kresel, Berlin-Friedenau, Jilstraße 2 • Druck: Westfreny-Druckerei S. m. V. D., Berlin-  
Lichterfelde, Nollhofstr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Polverzug vierteljährlich RM. 0,90. Einzel-  
nummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenpreisliste 3 • J. v. M. g. • Alle Zuschriften  
sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin SW 30, Reichstr. 46 (Fernruf B 5 Borkowskis 0914) zu richten

Nr. 15

Berlin, den 1. August 1936

12. Jahrgang

## Bevölkerungsdruck im Osten

Gegen den tschechischen Volksdruck ist die Grenze des Reiches durch einen breiten Gürtel deutschen Siedlungsgebietes gedeckt. Auf der preussischen Ostgrenze aber lastet der polnische Volksdruck unmittelbar. Man sieht es in den Kreisen, für die die Aufklärung über die Fragen des Ostens mehr eine modische Beschäftigung als eine ernsthafte Aufgabe ist, von der „slawischen Flut“ zu sprechen, die gegen die deutsche Grenze im Osten „anbrandet“. Was es aber mit dieser „Flut“ in Wirklichkeit auf sich hat, darüber ist man sich wohl zumeist nicht im Klaren. Man kann sich darüber in einer vom Schulungsamt des Bundes Deutscher Osten herausgegebenen Arbeit „Der Bevölkerungsdruck im deutsch-polnischen Grenzgebiet“ von Friedrich Koss unterrichten. In dieser 85 Seiten mit 12 Karten und graphischen Darstellungen umfassenden Schrift ist das wichtigste Material über die Bevölkerungsbewegung im deutsch-polnischen Grenzgebiet zusammengefaßt und bewertet. Das untersuchte Gebiet umfaßt auf deutscher Seite die sechs preussischen Ostprovinzen (einschließlich Berlin) und Mecklenburg, auf polnischer Seite die ehemals preussischen Teilgebiete, Kongresspolen und die Wojewodschaft Bialystok. Aus der Masse des dort angeführten Materials seien im folgenden einige der wichtigsten Ergebnisse wiedergegeben, die die schwerwiegenden Unterschiede in der Bevölkerungsbewegung der beiden angeführten Teilgebiete charakterisieren.

Um nähere Vergleiche anzustellen, muß man auf die deutschen Volkszählungen von 1925 und 1933, bzw. die polnischen Volkszählungen von 1921 und 1931 zurückgreifen. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte betrug im Jahre 1921 in dem oben umrissenen polnischen Gebiet (ohne Warschau) 77,6, im deutschen Gebiet (ohne Berlin) im Jahre 1925 74,1 Einwohner auf den qkm. Inzwischen hat sich die Lage zu Ungunsten Deutschlands verschoben. Denn bereits im Jahre 1931 betrug die Bevölkerungsdichte auf polnischer Seite 90,5, auf deutscher Seite aber im Jahre 1933 erst 78,9 Einwohner auf den qkm. Der polnische Vorsprung, der sich im Vergleich von 1921 und 1925 erst auf 3,5 Einwohner je qkm belief, hat sich bis heute auf etwa 18 erhöht. Die durchschnittliche Dichte ist auf deutscher Seite von 1921 bis 1933 nur um 3,8 v. H., auf polnischer Seite dagegen von 1921 bis 1931 um 16,8 v. H. gestiegen.

Im ostelbischen Deutschland (ohne Berlin) ist die Bevölkerungszahl in der angegebenen achtjährigen Zeit um 453 800 Personen, in West- und Mittelpolen (ohne Warschau) aber in dem erwähnten zehnjährigen Zeitraum um 2 395 000 Personen gestiegen. Das heißt: Die Volkszahl hat sich auf deutscher Seite im jährlichen Durchschnitt nur um 0,46 v. H., auf polnischer Seite dagegen um 1,67 v. H. vermehrt. Auf deutscher Seite kann man also ein mühsames Behaupten der Volkszahl, auf polnischer Seite eine starke Aufwärtsentwicklung feststellen. Noch deutlicher wird das für Deutschland bedrohliche Mißverhältnis der Bevölkerungsentwicklung diesseits

und jenseits der Grenze, wenn man die einzelnen, unmittelbar benachbarten deutschen und polnischen Grenzabschnitte miteinander vergleicht.

Hält man z. B. einmal die Wojewodschaft Pommerellen und den Regierungsbezirk Köslin nebeneinander, so ergibt sich folgendes Bild: Die Volkszahl Ostpommerns ist von 1925 bis 1933 nur um 4 900 Menschen, diejenige Pommerellens (trotz der anhaltenden Verdrängung des deutschen Elements) von 1924 bis 1931 aber um 150 600 Menschen gestiegen. In 6 von den 10 Landkreisen Ostpommerns ist von 1925 bis 1933 ein absoluter Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen; nur 4 Landkreise und namentlich die 3 Stadtkreise Köslin, Kolberg und Stolp konnten in dem achtjährigen Zeitraum ihre Volkszahl behaupten, bezw. vermehren. Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme betrug in Ostpommern 0,09 v. H., in Pommerellen aber 1,61 v. H. Das bedeutet, daß sich die Bevölkerungszunahme Ostpommerns zu derjenigen Pommerellens wie 1:18 verhält! Hier grenzen zwei Gebiete aneinander, von denen das eine, nämlich das deutsche, so gut wie gar keine Bevölkerungszunahme mehr aufweisen kann, während das andere, das zu Polen gehörende, eine geradezu stürmische Aufwärtsentwicklung seiner Volkszahl aufweist. Auf der einen Seite liegt ein Gebiet, das alljährlich fast seinen gesamten Geburtenüberschuß durch Abwanderung nach dem Westen verliert, und auf der anderen Seite ein Gebiet, das mit großer Kraft immer mehr Menschen aus dem entfernteren polnischen Hinterland ansaugt. Hier ein Bezirk, dessen Einwohnerzahl seit 1867, also seit beinahe sieben Jahrzehnten, fast unverändert geblieben ist, und dort eine Wojewodschaft, deren neue Hafenstadt Gdingen monatlich um 900 oder gar 1 000 Menschen anwächst!

Nicht ebenso kraft, aber nicht minder bedenklich ist das Mißverhältnis, wenn man die Wojewodschaft Posen mit den Regierungsbezirken Schneidemühl und Frankfurt/Oder in bezug auf ihre bevölkerungspolitische Entwicklung vergleicht. In den beiden oben angegebenen Zeitabschnitten ist die Einwohnerzahl in den deutschen Bezirken um 23 600, im Posenschen dagegen (trotz der auch dort noch andauernden Verdrängung des Deutschtums) um 154 000 Personen gestiegen. In 8 von den 17 Landkreisen des Regierungsbezirks Frankfurt/Oder und in 4 von den 8 Landkreisen der Grenzmark ging die Bevölkerungszahl von 1925 bis 1933 absolut (um insgesamt etwa 8 000 Personen) zurück, wobei zu bemerken ist, daß alle Kreise mit Bevölkerungsschwund (mit einer einzigen Ausnahme) östlich der Oder, also im unmittelbaren Grenzgebiet liegen. Es gab zwar auch in der Wojewodschaft Posen einige Kreise, die im Jahre 1931 im Vergleich zu 1924 eine verminderte Volkszahl aufwiesen; doch bedeutete das hier nur, daß die durch die Massenabwanderung der deutschen Bevölkerung gerissenen Lücken durch Geburtenüberschuß und Zuwanderung aus dem übrigen Polen im Jahre 1931 noch nicht völlig hatten aufgefüllt werden können. Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme belief sich in der Grenzmark Posen-Westpreußen auf 0,19 v. H., im Regierungsbezirk Frankfurt/Oder auf 0,17 v. H., in der Wojewodschaft Posen aber auf 0,78 v. H. Das Tempo der Bevölkerungszunahme war also in der Wojewodschaft Posen etwa viermal so schnell wie in den beiden deutschen Regierungsbezirken, und das, obwohl Posen diejenige Wojewodschaft Polens ist, die im Zeitraum 1924/1931 die weitaus geringste Bevölkerungszunahme aufwies!

Ähnlich wie in den angeführten Grenzgebieten liegen die Verhältnisse auch längs der schlesischen und der ostpreussischen Grenze. Überall wächst die Bevölkerung auf polnischer Seite unvergleichlich viel schneller als auf deutscher Seite an. Wenn man die Entwicklung von 1925 bis 1933 betrachtet, kann man nicht anders, als von einer in geradezu katastrophalem Tempo fortschreitenden Entvölkerung Ostdeutschlands sprechen. Der Geburtenüberschuß im ostelbischen Deutschland (ohne Berlin) sank in dem erwähnten Zeitraum von 10,1 a. L. um fast die Hälfte, auf 5,4 a. L. Im gleichen Zeitraum verlor das ostelbische Deutschland (ohne Berlin) durch Abwanderung nicht weniger als 255 000 Menschen. In 59 von den 161 Landkreisen des unterjuchten deutschen Gebietes nahm innerhalb des erwähnten achtjährigen Zeitraumes die Bevölkerung ab. 74 weitere Kreise wiesen nur eine durchschnittliche jährliche Zunahme bis zu 0,5 v. H. auf, eine Zunahme, die in ihrer Geringfügigkeit einen tatsächlichen Stillstand der Bevölkerungsentwicklung bedeutete.

Das wäre nicht von so eminent nationaler Bedeutung gewesen, wenn die bevölkerungspolitische Entwicklung jenseits der Grenze in derselben Richtung verlaufen wäre wie auf ostdeutschem Boden. Davon aber war keine Rede. Von Jahr zu Jahr verschärfte sich der polnische Volksdruck auf die sichtbar ausblutenden ostdeutschen Provinzen. Und zusehends verdichtete sich jenseits der Grenze das Bevölkerungsnetz, während es im östlichen Deutschland an immer mehr Stellen zerfiel. Der Deutsche im Osten stand mit dem Rücken der Grenze zugekehrt; das polnische Volkstum dagegen war in einem langsamen, aber unaufhörlichen Vormarsch nach Westen. Wäre die Entwicklung so weiter gegangen, wie sie bis 1933 verlief, dann hätte man geradezu den Lag voraussetzen können, an dem der Lieberdruck des polnischen Volkstums zu stark geworden wäre, um noch von den Grenzen des Reiches zurückgehalten werden zu können.

Seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus hat sich die bevölkerungspolitische Lage im deutsch-polnischen Grenzraum zwar noch nicht grundlegend, aber doch sichtbar gewandelt. Die deutsche Geburtenziffer schnellte empor. Die Abwanderung nach dem Westen wurde gestoppt. Der volkspolitisch verderblichen Verstärkung wurde Einhalt geboten. Die Untergangsstimmung, die das deutsche Volk lähmend erfasst hatte, wurde gebrochen. Aber was bisher erreicht worden ist, ist nur ein Anfang. Auch heute reicht der Geburtenüberschuß noch nicht aus, um die Hypothek des Todes, die auf dem deutschen Volke lastet, zu überwinden. Immer noch wächst das polnische Volk schneller an als das deutsche. Aber der Wille zum Leben ist wieder erwacht.

Ein Krieg kann verloren werden. Der ärgste Frieden ist niemals unwiderruflich. Aber eine Revolution muß gewonnen werden. Und die Bewährungsprobe der deutschen Revolution ist die bevölkerungspolitische Frage. Ob ein Volk eine Zukunft hat, darüber entscheidet letzten Endes nicht die Höhe seiner Technik und die Feinheit seiner Kultur, sondern die Zahl seiner Kinder. Die deutsche Stellung im Osten wäre niemals in dem Maße, wie es tatsächlich geschehen ist, zusammengebrochen, wenn das deutsche Volk innerlich ebenso stark gewesen wäre, wie sein Staat nach außen hin stark war. Die deutsche Stellung im Osten wäre trotz allem zu halten gewesen, wenn der Zusammenbruch von 1918 nur der Zusammenbruch eines von der Meute seiner Feinde zu Tode gehehnten Staates, nicht aber auch der Zusammenbruch eines Volkes gewesen wäre, das zu sehr in der Gegenwart lebte, zu wenig aus der Vergangenheit lernte und zu selten die Zukunft bedachte. Und das heißt, daß die deutsche Stellung im Osten letzten Endes nicht von der staatlichen, sondern nur von der volklichen Seite her wieder aufgebaut werden kann. Dr. R.

## Von der akademischen Jugend Polens

Überall gilt die geistige Haltung der Jugend als einer der besten Gradmesser für den Wert und die Zukunft einer Nation. Besonders gilt das in bezug auf die akademische Jugend, aus deren Reihen sich doch im allgemeinen die künftige geistige Führungsschicht einer Nation rekrutiert. Wo die Hochschule in der ihnen anvertrauten Jugend nicht den Geist der Opferbereitschaft und der Hingabe an die Gesamtheit zu wecken vermag, da — wird man sagen können — ist es schlecht bestellt um Glück und Zukunft einer Nation. Wie steht es in dieser Beziehung mit der polnischen akademischen Jugend? Diese Frage ist schon oft gestellt worden. Eine befriedigende Antwort hat sie bisher nicht gefunden. Häufig hat die Presse über politische Ausschreitungen radikaler Studenten, über Streiks an den Universitäten, über förmliche Belagerungen einzelner Hochschulen durch Polizei und dergleichen berichtet. Eine planmäßige Einordnung dieser Erscheinungen in das politisch-geistige Gesamtbild der polnischen Jugend aber ist bisher nicht erfolgt. Dieses zu untersuchen und in seiner Bedeutung für die polnische Zukunft zu werten, wäre die lohnende Aufgabe einer größeren Arbeit.

Im folgenden sollen nur einige Tatsachen erwähnt und aufgehehlt werden. Es ist zunächst einmal erforderlich, einiges über das polnische Hochschulwesen im allgemeinen zu sagen. Nach der Wiederaufrichtung des polnischen Staates wurden Universitäten neu ins Leben gerufen bzw. umgebaut und erneuert in Warschau,

Krakau, Posen, Lemberg und Wilna; ferner entstand eine theologische Universität in Lublin. Viel Tradition, ein Faktor, der gerade bei akademischen Bildungstätten sehr wesentlich sein kann, war in dieser Hinsicht auf polnischem Gebiet nicht vorhanden. Es wurden weiter eine Bergakademie in Krakau, ferner landwirtschaftliche Hochschulen und Handelshochschulen in verschiedenen Städten gegründet. Kunsthochschulen entstanden in Warschau, Krakau und Wilna, Hochschulen für Politik in denselben drei Städten, (mit dem Osteuropa-Institut in Wilna bzw. der Universität in Krakau verbunden). Technische Hochschulen wurden in Warschau und Lemberg gegründet bzw. erneuert; schließlich eine Sporthochschule in Warschau. Die Hochschulen wurden zunächst in alten, mehr oder minder (meist minder) geeigneten Gebäuden untergebracht. Neue Gebäude entstanden — und auch dann nur zum Teil — erst nach einigen Jahren. Bis vor kurzer Zeit noch befanden sich wichtige akademische Einrichtungen wie die Universitätsfrauenklinik in Krakau in einem geradezu unverantwortlichen Zustand; andere sind noch heute in höchst unzulänglicher Weise untergebracht.

Der akademische Lehrkörper war zunächst sehr uneinheitlich. Zwar gab es in dem neuerstandenen Polen von Anfang an eine verhältnismäßig starke Intelligenz. Aber die fähigsten Kräfte dieser Schicht lebten im allgemeinen im Auslande; sie verhielten sich dem neuen Staate gegenüber abwartend und kamen erst dann in ihre polnische Heimat zurück, als sich dieses neue Gebilde als dauerhafter erwies, als sie zunächst geglaubt hatten annehmen zu dürfen. Es ist eine zu wenig beachtete Tatsache, daß alle Professoren der neuen polnischen Universitäten und Hochschulen, selbst die, die schon vor dem Kriege in Krakau und Lemberg gelehrt hatten, ihre Ausbildung an fremdsprachlichen, vor allem deutschen, russischen, französischen und englischen Universitäten erhalten und, soweit sie schon vor dem Kriege die akademische Laufbahn eingeschlagen hatten, auch an diesen ausländischen Universitäten doziert haben. Daß diese Tatsache eine weitgehende Uneinheitlichkeit im Leben der polnischen Universitäten hervorgerufen mußte, liegt auf der Hand.

Weiter erhebt sich die Frage, aus welchen Schichten die Studenten der polnischen Hochschulen stammen. Hierüber gibt folgende neueste amtliche Aufstellung Auskunft:

|                                     |           |
|-------------------------------------|-----------|
| Beamte, Lehrer, Offiziere . . . . . | rund 40 % |
| Gewerbe und Handel . . . . .        | 16 %      |
| Bauern . . . . .                    | 10 %      |
| Gutsbesitzer . . . . .              | 5 %       |
| Arbeiter . . . . .                  | 9 %       |
| Handwerker . . . . .                | 6 %       |
| Freie Berufe . . . . .              | 8 %       |

Die bürgerlichen Schichten sind also bei weitem am stärksten vertreten. Diese Schichten sind zugleich die politische am stärksten interessierten. Der polnische Student ist, schon wenn er die Hochschule bezieht, irgendwie „politisch vorbelastet“. Elternhaus und Schule, der innerpolitische Kampf in einem halbparlamentarischen Staat und die vom Staat betriebene Erziehungspolitik (militärische Vorbereitung usw.) haben ihm bereits ein politisches Bild eingeprägt, das er auch als Student in den meisten Fällen bewahrt. Wer als Nationaldemokrat die Hochschule betritt, bleibt auch als Student Nationaldemokrat.

Jiemlich eindeutig ist im allgemeinen die politische Einstellung der Studenten nicht-polnischen Volkstums. Amtliche Angaben über deren Zahl sind nicht vorhanden oder nicht richtig. Bei den bekannten Arbeitsmethoden der polnischen Verwaltungsorgane ist es den Studenten nicht-polnischen Volkstums mitunter nicht möglich, sich an den Universitäten offen zu ihrem Volkstum zu bekennen. Allzuleicht hat es der Vater zu büßen, wenn der Sohn es wagt, sich z. B. als Deutscher immatrikulieren zu lassen. Mit gewissen Vorbehalten läßt sich der zahlenmäßige Anteil der einzelnen Nationalitäten aus der Konfessionsstatistik entnehmen. Dem Bekenntnis nach waren von den immatrikulierten Studenten im Studienjahre 1934/35:

|                                 |        |
|---------------------------------|--------|
| römisch-katholisch . . . . .    | 73,9 % |
| griechisch-katholisch . . . . . | 3,6 %  |
| griechisch-orthodox . . . . .   | 2,5 %  |
| evangelisch . . . . .           | 2,7 %  |
| mosaisch . . . . .              | 17,0 % |
| andere . . . . .                | 0,3 %  |

Bezeichnend für die polnische akademische Jugend ist es, daß sie große zusammenfassende Organisationen nicht kennt. Der „Deutschen Studentenschaft“, die die Gesamtheit der deutschen Studenten in sich vereint, hat die studierende polnische Jugend nichts annähernd Gleiches entgegenzustellen. Eine „Polnische Studentenschaft“ gibt es nicht. Das liegt nicht nur daran, daß etwa ein Viertel der in Polen studierenden Jugend nichtpolnischen Volkstums ist. Die „Bratnia Pomoc“, die in begrenztem Umfang gewisse soziale Aufgaben zu erfüllen versucht, kann man nicht als studentische Selbstverwaltung bezeichnen, wie sie in Deutschland und in anderen Ländern besteht und dort nicht nur bestimmte politisch-erzieherische Absichten verfolgt, sondern auch als Repräsentantin der gesamten studierenden Jugend nach außen hin auftritt. Es wurden in Polen lediglich für verschiedene Zwecke besondere halboffizielle studentische Vereinigungen geschaffen. Man brauchte u. a., um sich aus den internationalen studentischen Beziehungen nicht selber auszuschalten, eine Vertretung der polnischen Studenten gegenüber dem Ausland. Man rief zu diesem Zwecke den „Polnischen Akademischen Verband für internationale Annäherung Liga“ ins Leben; das ist eine Vereinigung, die zwar dank der Gelder, die ihr vom polnischen Außenministerium zur Verfügung gestellt werden, viel von sich reden macht, an der jedoch kaum ein Prozent der polnischen Studierenden beteiligt ist. Das sollte man nicht vergessen, wenn man mit dieser „Liga“ irgendwelche Abkommen schließt.

Eine besonders wichtige Frage ist die nach der volks- und staatspolitischen Erziehung des polnischen Studenten und nach den Trägern dieser Erziehung. Hier muß man feststellen: Es geschieht in dieser Hinsicht so gut wie gar nichts. Die Universitäten und Hochschulen als solche versagen hier völlig. In ihren Lehrplänen läßt sich ein Wille, die volks- und staatspolitische Erziehung der studierenden Jugend zu fördern, fast nirgends erkennen. Unter den Professoren, die zwar als akademische Lehrer die gebührende Achtung genießen, gibt es keine erzieherisch wirkenden Führerpersönlichkeiten von Format. Der wissenschaftliche Betrieb funktioniert im allgemeinen. Das polnische Studiensystem mit häufigen Prüfungen, ein System, das eigentlich nur eine Fortsetzung der Schulzeit, des Lernens, wie auf der Schulbank“ ist, zwingt die Studenten zu intensiver Arbeit. Davon aber, daß die Hochschule von sich aus die Studenten nicht nur wissenschaftlich zu schulen, sondern auch staats- und volkspolitisch, d. h. zum Dienst an der Gesamtheit, zu erziehen bestrebt ist, ist nirgends etwas erkennbar. Von jener Einsatzbereitschaft, wie sie unter der auslandspolnischen studierenden Jugend vielfach zu finden ist, ist in Polen selbst nichts vorhanden.

Von einer akademischen Jugend, die hinter dem heute in Polen herrschenden Regime steht, kann kaum die Rede sein. Der Zerfall der „Legion Młodych“, die einmal von oben her als „Regierungsjugend“ auf die Beine gestellt wurde, ist in dieser Beziehung bezeichnend. Das polnische Korporationsstudentenwesen, das von den deutschen Korporationen wohl die äußeren Formen entlehnt, dessen frühere erzieherische Bedeutung aber nicht erkannt hat, hat keine Zukunft. Es bleiben für die polnischen Studenten die politischen und weltanschaulichen Formen und Inhalte, die ihnen die bestehenden außerstudentischen Zusammenschlüsse und Einrichtungen bieten. Es bleibt für sie der Kommunismus, der vor allem von den Juden, auch den jüdischen Studenten, aufs stärkste gestützt wird und auch in den Reihen der polnischen Studenten zusehends an Anhängern gewinnt. Es bleibt die Nationaldemokratie mit ihren radikalen gegen Judentum und Deutschtum gerichteten Parolen. Und es bleibt der Katholizismus. Für die heutige Regierung aber, für die Nachfolger Piłsudskis, kann man unter den polnischen Studenten keine Begeisterung feststellen.

Einige Worte über die soziale Lage der Studenten. Es erscheint oft unglaublich, mit wie außerordentlich beschränkten Mitteln die Masse der polnischen Studenten sich am Leben erhält. Dicke Milch und Kartoffeln müssen während der Sommermonate vielen als Hauptnahrung dienen. Die soziale Fürsorge, die sich des Studenten annimmt, ist an sich durchaus beachtlich. Es gibt in allen Hochschulstädten Studentenhäuser (in Warschau sogar das größte Europas) mit billigen Wohn- und Essgelegenheiten. Aber es ist offensichtlich, daß die soziale Fürsorge dem tatsächlichen Bedürfnis in keiner Weise gerecht zu werden vermag. Die „Bratnia Pomoc“ ist als die bedeutendste Selbsthilfeorganisation der polnischen Studenten heute, nach anfänglich unparteiischer Verwaltung, längst ein begehrtetes Kuhhandelobjekt der einzelnen Studentengruppen geworden. Die Not hat Konjunkturjäger erzogen.

Jedem ausländischen Beobachter fällt die erschreckende Hoffnungslosigkeit der polnischen akademischen Jugend ins Auge. Der Verfasser, der sich mit vielen polnischen Studenten der verschiedensten Hochschulen über ihre Zukunftsaussichten zu unterhalten Gelegenheit hatte, bekam in 99 v. H. der Fälle auf seine Frage, was der Betreffende nach bestandenen Examen zu unternehmen gedenke, die Antwort: Das weiß ich nicht. Die polnischen Hochschulen züchten geistiges Proletariat. Die freien Berufe sind überfüllt. Auch die Aussicht, durch „gute Beziehungen“ eine Stelle im Staatsdienst zu erhalten, ist bei den in Polen üblichen Beamtengehältern wenig verlockend. Diplomingenieure als Lagerschaufreure sind in Warschau nicht allzupfehlen. Die politische Radikalisierung der Studentenschaft ist ganz wesentlich eine Folge dieser Situation. Der vandaliereende Antisemitismus an den polnischen Universitäten ist in der Hauptsache ein wenig geistiger Kampf um den späteren Brotplatz. Auch die besonders heftige Feindschaft der polnischen Studentenschaft gegen die Deutschen in Polen findet in der Hoffnung auf fremden Besitz und fremde Arbeitsplätze eine sehr materielle Erklärung. Derartige Erscheinungen sind letzten Endes nichts anderes als Symptome der inneren Haltlosigkeit, der durch eine staats- und volkspolitische Erziehung von den polnischen Hochschulen selbst nirgends Einhalt geboten wird. Es ist verständlich, daß man in Polen diese Entwicklung vielfach mit Entsetzen oder zumindest mit Beforgnis verfolgt. Wirklich geschehen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist nichts. Die Alten regieren, die Jugend murret. Die Alten fürchten — vielleicht nicht zu Unrecht —, daß die Jugend wieder zerschlagen wird, was sie mühsam aufgebaut haben. Die Jugend hat erst noch zu beweisen, daß sie fähig ist, das Erbe der älteren Generation zu übernehmen, ob der Geist, in dem sie erzogen worden ist, der richtige war.

Man kann das bezweifeln. Aber man darf wiederum auch nicht glauben, daß in der polnischen akademischen Jugend keine zusammenschließenden Kräfte wirksam sind. Allerdings sind diese Kräfte wohl wesentlich anderer Art, als die, die in der älteren, heute maßgebenden Generation lebendig sind. Zwei Faktoren sind es, die trotz aller Uneinheitlichkeit und Gegensätzlichkeit einen festen und dauerhaften Kitt für den inneren Zusammenhalt der polnischen akademischen Jugend abgeben: Das ist 1) der dem Polen eingeborene fanatische Patriotismus, und das ist 2) der Katholizismus. Selbst die am heftigsten streitenden Gruppen finden einen gemeinsamen Weg, wenn es sich darum handelt, gegen einen wirklichen oder vermeintlichen äußeren Feind aufzutreten, — wie ja auch an den polnischen Universitäten, die es an der positiven Erziehung der studierenden Jugend zum der Gedanken Volksgemeinschaft so sehr fehlen lassen, der wissenschaftliche Kampf gegen die wirklichen oder vermeintlichen äußeren Feinde einen verhältnismäßig breiten Raum einnimmt. Ebensowenig darf man die politische Kraft des Katholizismus in Polen unterschätzen. Seine durchdringende Gewalt — und die katholische Kirche wird in Polen vorzüglich geleitet — ist auch in akademischen Kreisen wohl spürbar. Es ist ein Beweis dieser Gewalt, wenn vor wenigen Monaten eine große kirchliche Feier nahezu 15 000 polnische Studenten in Tschenstochau zusammenzuführen vermocht hat.

Otto Willner.

## Verfehlte Einmischungsversuche

Man hatte sich in Deutschland im allgemeinen daran gewöhnt, daß die polnische Außenpolitik von Dberst Beck, nicht aber von der Strafe gemacht wird. Die danzigfeindlichen Demonstrationen, die in letzterer Zeit allenthalben in Polen stattgefunden haben, verlangen eine gewisse Korrektur dieser Ansicht. Man hat in Polen offenbar nicht daran gedacht, daß die Duldung derartiger revisionistischer Demonstrationen weniger als der Ausdruck einer außenpolitischen Stärke des polnischen Staates, als als die Folge eines innerpolitischen Schwächezustandes aufgefaßt werden kann. So peinlich diese Demonstrationen durch den Eindruck, den sie im Ausland hervorgerufen haben, für den guten Ruf ihrer Veranstalter gewesen sind, — für den Teil, gegen den sie gerichtet waren, also für Danzig, haben sie doch ihr Gutes gehabt: Danzig hat Gelegenheit gehabt, seinen Partner wieder einmal ohne Schminke kennen zu lernen.

Die Demonstrationen sind von der See- und Kolonialliga in über 200 Städten Polens nach einem einheitlichen Schema durchgeführt worden. Bei den Kundgebungen und Umzügen sind Transparente mit charakteristischen Aufschriften

mitgeführt worden. In Thorn z. B. haben diese Aufschriften u. a. gelautet: „Wie fordern unsere uralten Rechte in Danzig!“, „Wie fordern die Einverleibung Danzigs in Polen!“, „Danzig, das einst unser war, kehrt wieder zu uns zurück!“. Bei der Rattowiger Kundgebung haben u. a. folgende Aufschriften festgestellt werden können: „Weg vom polnischen Danzig!“, „Das polnische Danzig geben wir nicht her!“, „Wir lassen unsere Rechte in Danzig nicht antastan!“ Und zu der Warschauer Demonstration sind von den Veranstalter u. a. folgende Transparente mitgebracht worden: „Die Mündung der Weichsel muß polnisch sein!“, „Danzig, ein Teil des polnischen Staates!“, „Die Wacht an der Weichsel muß ein polnisches Danzig sein!“, „Wir fordern die Verstärkung des Schutzes der polnischen Bürger und ihrer Lage in Danzig!“

In demselben Stil, wie diese Aufschriften, waren auch die Reden und Resolutionen gehalten. Da war von „der wirtschaftlichen, geschichtlichen, strategischen und geopolitischen Zugehörigkeit Danzigs zu Polen“ die Rede. Da wurde „die endgültige Festigung der ewigen, historischen Rechte Polens in Danzig“ gefordert. Vom Statut der Freien Stadt wurde gesagt, daß es nur „eine teilweise Befriedigung der polnischen Rechte“ darstelle. Der Freien Stadt wurde die Eigenschaft eines souveränen Staates bestritten. Danzig und Ödgingen wurden als „die Lungen Polens“ bezeichnet. Warschau, wurde gedroht, werde nicht dulden, daß „zwischen Polen und dem polnischen Meere eine Provinz des Dritten Reiches bestehe“. Danzig, hieß es, sei für Polen da und für niemanden sonst. Die polnische Bevölkerung Danzigs wurde als „Mütiuhaberin dieses Gebietes“ bezeichnet. Jede Revision des Statuts, wurde gesagt, könne „nur in der Richtung einer Erweiterung der polnischen Rechte in Danzig“ erfolgen. Es sei das Recht und die Pflicht Polens, so hieß es in der Lodzer Resolution, „Hüter der Ordnung an der Ostsee zu sein“. Und gelegentlich wurde es auch zur Sicherung der polnischen Rechte für erforderlich hingestellt, daß die Polizeigewalt in Danzig von Polen ausgeübt und die Westerplatte zu einer polnischen Küstenbefestigung ausgebaut wird.

Man kann sich gegenüber dem propagandistischen Aufwand der polnischen Demonstrationen auf die eine, sehr ruhige und sehr sachliche Feststellung beschränken: Eine Erweiterung der polnischen Rechte in Danzig kommt nicht in Frage. Es hat keinen Sinn, darüber viel Worte zu machen. Dem polnischen Partner die vertraglich zugesicherten Rechte zu verweigern, liegt nicht in der Absicht der Danziger Regierung. Das ist oft genug festgestellt worden. Da also das eine, die Erweiterung der Rechte, nicht möglich und das andere, die Beschränkung dieser Rechte, nicht geplant ist, ist es nur schwer zu begreifen, was sich die Veranstalter der Demonstrationen eigentlich gedacht haben mögen.

Worauf es der Danziger Regierung ankommt, das ist die Beseitigung der die ruhige innerpolitische Entwicklung störenden Faktoren, d. h. die Liquidierung der staatsfeindlichen Opposition und die Anerkennung der uneingeschränkten Souveränität der Freien Stadt auch in innerpolitischen Fragen. Staatsrat Böttcher hat im Namen des Senatspräsidenten noch einmal den Danziger Standpunkt in dieser Frage wie folgt zusammengefaßt: „Die Danziger Regierung würde es als gut ansehen und glauben, daß damit die Situation erleichtert werden würde, wenn der gegenwärtige Kommissar des Völkerbundes durch einen anderen ersetzt würde, der das Geschick besitzt, sich innerpolitisch zu desinteressieren. Die Danziger Regierung wird den Kommissar als Schlichter in etwaigen Streitigkeiten mit Polen selbstverständlich anerkennen. Sie glaubt aber, daß für eine solche schiedsrichterliche Tätigkeit kaum noch Raum ist, da die zwischen Danzig und Polen etwa auftauchenden Streitigkeiten unmittelbar zwischen den beiden Staaten erledigt werden. Sollte der Kommissar sich z. B. in die Auseinandersetzung über die Verfassungsmäßigkeit der neuen Danziger Gesetze einschalten, so würde die Danziger Regierung darauf nicht eingehen, da dies eine innerdanziger Angelegenheit ist. Für die Danziger Regierung steht die Verfassungsmäßigkeit ihrer Gesetze außer Diskussion.“

Bei den hier erwähnten Gesetzen handelt es sich um folgendes: Der Senat hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom Juni 1933 die geltenden Ordnungsbestimmungen erheblich verschärft. Danach werden in Zukunft Vereine auch dann der Auflösung verfallen, wenn die Mitglieder ihres Vorstandes oder sonstige Mitglieder mit Wissen des Vorstandes Nachrichten, die geeignet sind, die Staatsinteressen zu gefährden, verbreiten oder an politische Stellen weiterleiten. Weiter werden polizeiliche Verfügungen politischer Art, d. h. Verfügungen,

die das Versammlungs-, Vereins- und Presserecht, den Waffensbesitz und die Schutzhafte betreffen, in Zukunft nicht mehr der Nachprüfung durch die Gerichte unterliegen. Schließlich wird die zulässige Höchstbauer bei der Verhängung der Schutzhafte in Zukunft nicht mehr drei Wochen, sondern drei Monate betragen. Usw.

Die Frage ist nun, welche Haltung Polen in diesen Dingen einnimmt. Daß es von polnischer Seite bedauert werden würde, wenn es in Danzig keine Opposition mehr gäbe, die die innere Geschlossenheit des Deutschlums stört und mit Hilfe des Völkerbunds-Kommissars der Danziger Regierung fortgesetzt Knüppel zwischen die Beine wirft, kann man verstehen. Polen ist an der völligen Durchsetzung des Nationalsozialismus in Danzig nicht interessiert. Andererseits liegt es jedoch auf der Hand, daß Polen sich nicht nur moralisch, sondern auch politisch erheblichen Unannehmlichkeiten aussetzen würde, wenn es sich etwa als Beauftragter oder „Rechtsnachfolger“ des Völkerbundes den Schutz der oppositionellen Parteifunktionäre in Danzig angelegen sein lassen würde. Sich von diesen Dingen fernzuhalten, ist für Polen ein Gebot der politischen Vernunft. Die Versuchung, sich in sie einzumischen, aber ist groß. Vor allem deshalb, weil die Einmischung zugunsten der Danziger Oppositionsfunktionäre nicht unmittelbar zu geschehen braucht, sondern auf dem Umwege über die in Danzig lebenden Polen versucht werden kann.

Die polnischen Organisationen in Danzig haben schon häufig die Neigung verraten, ihre Reihen jenen völkischen Ueberläufern zu öffnen, die sich dem staatlichen Zugriff durch die verräterische Flucht in das vertraglich besonders geschützte fremdvölkische Lager zu entziehen versuchen. Es ist wohl nicht zuletzt die nur ungern eingestandene Liebe zu solchen Elementen, die den Kraftauer „*Instruwany Kurjer Godzienny*“ in einem von der polnische diplomatischen Vertretung in Danzig inspirierten Artikel gegen die erwähnte Verschärfung der Danziger Sicherheitsbestimmungen Front machen läßt. Diese Gegnerschaft wird zwar mit der Befürchtung begründet, daß den in Danzig lebenden Polen durch die neuen Sicherheitsbestimmungen ihre Rechte, z. B. das Recht, „sich mit den Behörden der polnischen Republik in Verbindung zu setzen“, gekürzt werden könnten. Aber es bleibt in dem erwähnten Artikel nicht bei der Geltendmachung dieser Befürchtung (die übrigens gänzlich abwegig ist, solange sich die Polen in Danzig im Rahmen der Verträge so bewegen, wie es einer Bevölkerungsmindertheit von 3 v. H. in einem fremden Staate geziemt); sondern es wird mit der Behauptung, daß die Danziger Sicherheitsbestimmungen zur Verfassung in Widerspruch stehen, eine Stellung bezogen, die u. U. zum Ausgangspunkt einer Aktion zugunsten der innerdanziger Opposition ausgebaut werden könnte. Es erscheint daher angebracht zu betonen, daß die Feststellung des Staatserates Böttcher, wonach für die Danziger Regierung die Verfassungsmäßigkeit ihrer Gesetze keiner Diskussion unterliegt, ebenso sehr gegenüber Polen wie gegenüber dem Völkerbund gilt.

## Die Tschechen und ihr Staat

Daß sich in der Mitte Europas ein starker und in sich geschlossener Staat herausbilden könne, der deutsches Volkstum — wenn auch nicht in seiner Ganzheit, so doch zu einem großen Teile — umschließt, das war den anderen europäischen Großmächten fast immer und ausnahmslos ein unangenehmer Gedanke. So war es auch im Jahre 1870, als endlich ein Teil der Deutschen im kleindeutschen Reich seine staatliche Sicherung erhielt. Als dieses kleindeutsche Reich dann den Gedanken des politischen Zusammenschlusses vom deutschen Kern Europas noch über seine engen Grenzen zu tragen vermochte und im Bündnis mit der deutsch geprägten Doppelmonarchie den alten Reichsgedanken in einer neuen Form aufleben ließ, setzte der geistige Angriff der antideutschen Mächte, zunächst vor allem bei den völkischen Problemen der Donaumonarchie, ein. Man klagte die Deutschen der Unterdrückung fremden Volkstums an: Die kleinen, und zwar vor allem die slawischen Völker, wurden als unterdrückt in ihrer völkischen Entwicklung, als überlagert von einer Herrschaft des Adels und des Großgrundbesitzes, als geknechtet durch einen militaristischen, absolutistischen Staat hingestellt. Wegen diese propagandistisch verzerrte staatliche und gesellschaftliche Form rief der Westen die Mächte der Demokratie auf den Plan. Er predigte die soziale Revolution.



Der friedliche, besitzende Bürger galt als Gegenstück des „militaristischen Adligen“. Der Westen behauptete, die Kräfte des Volkes gegen die Kräfte des Staates aufzurufen. „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ hieß seine Parole. In dieser Parole, die in Wirklichkeit niemals etwas anderes als eine reine These französischer Machtwillens war, hatte Frankreich einen zugkräftigen Schlagtruf gegen die Mittelmächte gefunden. Seine Wissenschaftler, die sich mit Geschichte und Sprache der Westslaven befaßten, waren rein politische Wissenschaftler, ja noch mehr als dies: sie waren politische Propagandisten (Veger, Denis, Eisenmann). Sie gaben dem Raum nichtdeutschen Volkstums (der freilich stark genug vom Deutschstum durchsetzt war) einen einheitlichen Namen: „L' Europe centrale“. Dieser Raumbegriff setzte sich durch; er spielte beim Zustandekommen der Friedensdiktate eine entscheidende Rolle: „L' Europe centrale“ bezeichnete die französische Macht-sphäre, die alles umschloß, was östlich und südöstlich der Grenzen des Kleindeutschen Schrumpfungstaates lag und nicht etwa nur nichtdeutscher Volksboden war. „L' Europe centrale“ — das war der Versuch, eine Mitte Europas ohne deren Kernvolk zu konstruieren; das hieß: die französische Front im Rücken des kleindeutschen Schrumpfungstaates errichten. Frankreich griff mit abstrakten Thesen und reinen Machtansprüchen in diesen Raum hinein, ohne eine organische Verbindung zu ihm zu haben. Es hätte sich jedoch, diese abstrakten Thesen abstrakt anzuwenden. Das Ergebnis lautete: Selbstbestimmungsrecht für alle — außer den Deutschen, und Demokratie als formale Herrschaftseinrichtung. So wurden die westlichen Kampfthesen des Weltkrieges auf den Kopf gestellt, indem eben nicht nach den vollklischen, sondern nach den staatlichen Grundfäden gegliedert wurde. Nur mit dem Unterschied, daß der Staatswille nicht aus der Geschichte gewachsen war, sondern einfach als Anspruch der bisher „Untervorbenen“ anerkannt wurde.

Das typischste Ergebnis dieses französischen Machtwillens ist die Tschechoslowakei. Sie verdankt ihre heutige Form und ihr Dasein dem Willen der Großmächte, die als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgingen, nachdem es zuvor gewissen tschechischen Kreisen gelungen war, ihren weitreichendsten, und von ihnen selbst niemals für erfüllbar gehaltenen Forderungen Gehör zu verschaffen. Der heutige Staatspräsident Eduard Beneš war in dieser Richtung am entscheidendsten tätig. Nicht die Volksgrenze forderte er, d. h. die Volksgrenze der Tschechen, sondern er leitete seine Forderungen von dem konstruierten Begriff der „tschechoslowakischen Nation“ ab. Es wurde der Anspruch auf einen Raum erhoben, der nach den Auffassungen der tschechischen Aktivisten groß genug war, den Bestand eines selbständigen Staates zu gewährleisten. Um diesen Raum als den eigenen zu kennzeichnen, reichete die These von der „tschechoslowakischen Nation“ nicht aus. Es mußte vielmehr in bezug auf die vollklischen Verhältnisse in den ehemals ungarischen Teilen mit einem Zahlenmaterial gearbeitet werden, das die Wirklichkeit erheblich korrigierte. Es mußte der Zugriff nach dem slowakischen Volksboden ohne die Zustimmung breiterer slowakischer Kreise erfolgen. Und für die Einbeziehung der Deutschen in den Sudetenländern mußte der Begriff des „böhmischen Staatsrechtes“ herhalten.

Das „böhmische Staatsrecht“ war die einzige Quelle, aus dem die staatliche Einheit der „historischen Länder“ Böhmen, Mähren und Schlesien abgeleitet werden konnte. Woher stammt nun dieser Begriff? Er wurde geschaffen in einer Zeit, als Prag die Mitte des weitausgedehnten, föderativen Deutschen Reiches war, als in Böhmens Hauptstadt die Luxemburger als deutsche Kaiser regierten. Die Hausmacht der Luxemburger war die feste Klammer, die vom 15. Jahrhundert an die „historischen Länder“ als die „Länder der Wenzelskrone“ zusammenfaßte. In späterer Zeit hat sich noch manchmal der frondierende Adel diesen Begriff zu eigen gemacht. Aber er blieb stets schwach und formal, als ihn keine echte politische Macht übernationaler Prägung mehr lenkte und nachdem die tschechisch-nationalen Versuche unter den Hussiten und dem König Georg von Podiebrad keinen dauernden positiven Erfolg gezeitigt, d. h. zu keinem dauerhaften eigenständigen Staat geführt hatten. Allerdings war der negative Erfolg der hussitischen Bewegung von großer Bedeutung: diese Bewegung hatte zur Folge, daß sich in dem Lande Böhmen, das in der Mitte des deutschen Herrschaftsbereichs und des deutschen Volksbodens liegt, die deutsche Kaisermacht nicht festigen konnte und Prag kein dauernder deutscher Mittelpunkt zu werden vermochte. In der Zeit der Hussiten und Georgs von Podiebrad griffen

die Tschechen bestimmend in die deutschen Geschichte ein; sie stürzten den Kaiser und König und überrannten in revolutionärer und gleichsam anarchischer Welle deutsches Land; sie waren nicht nur eine nationale und religiöse, sondern zugleich auch eine soziale Bewegung. Aber Träger und Erben der Idee des „böhmischen Staatsrechtes“ waren sie nicht. Hierzu wurden erst die Tschechen der zweiten Hälfte oder besser des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts.

Die Bestrebungen des ungarischen Staatsrechts, die Lehre von der Stefanskronen, und ihr Erfolg von 1867 spornten die Tschechen an, mit ihrer historischen Staatsrechtstheorie wieder in die Gegenwartskämpfe einzutreten. Trotzdem dachte bis in die Kriegszeit hinein eigentlich keiner von ihnen an einen selbständigen Staat. Wollten die Westler unter Masaryk eine Neugestaltung der Doppelmonarchie nach föderativen Grundsätzen, so dachten die östlich orientierten Nationaldemokraten unter Kramarsch und die Gruppe der östlich orientierten Slowaken an die Einordnung in einen panslawistischen Bundesstaat unter russischer Führung. Besaß das Tschechentum schon fast alle Kennzeichen eines pseudo-staatlichen Aufbaus einer Volksgemeinschaft und war es selbst in den bestehenden Staat der Habsburger soweit eingedrungen, daß z. B. in Böhmen der Anteil der Tschechen am Richterstand im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung höher war als der der Deutschen, so enthielt doch in der Vorkriegszeit die damals am weitesten verbreitete Auffassung der eigenen Geschichte nur recht schwache staatliche Elemente. Vor allem Masaryk deutete die Geschichte der Tschechen nicht vom Staatlichen, sondern vom Religiösen her: Nach dieser Auffassung war die geschichtliche Leistung der Tschechen eine religiöse, verkörpert im Geschichtsabschnitt der Hussiten und der „böhmischen Brüder“. Herders Lehre vom „Laubeharakter“ der Slawen wurde mit Freude übernommen, um so dem Tschechentum neben dem Kennzeichen der Demokratie, das den religiösen Gemeinschaftsformen der „böhmischen Brüder“ entlehnt wurde, noch das Lob des Pazifismus gegenüber der „kriegelichen, barbarischen germanischen Welt“ zu verleihen. Dieses halb deutschromantische, halb westliche Denken der Tschechen kannte eigentlich keine Formen staatlichen Daseins.

Die Tschechen hatten in ihrer Geschichte zu oft das Ende ihres vollklichen Daseins vor Augen, mochte es sich nun um die Schlacht am Weißen Berge 1620 oder um den Eindeutschungsvorgang um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert handeln. Die Furcht des kleinen Volkes, von einem Mächtigen erdrückt zu werden, der es von allen Seiten umgibt, ließ schon vom frühen Mittelalter an das Gefühl des Hasses gegen die Deutschen zum eigentlichen Inhalt des tschechischen Nationalgefühls werden. Diese negative Auffassung vom eigenen Wesen, das sozusagen nur als Gegenspieler eines anderen betrachtet werden konnte, ist auch heute noch immer zu spüren. Die Opposition, das Neutern, das Neinsagen gehörten von jeher zum Wesen der Tschechen. Und doch war es gerade das realpolitische Handeln jener tschechischen Herrscher, die sich in den Raum eines wirklichen Reiches, des Deutschen Reiches, einzuordnen verstanden, was dem tschechischen Volkstum seinen Fortbestand sicherte. Die Geschichte der Tschechen verlief Jahrhunderte lang ebenso wie die Geschichte eines deutschen Stammes; nur die Sprache, und allein diese, unterschied die Tschechen äußerlich vom Deutschtum; ihre Lebensformen waren und sind zum großen Teil auch heute noch deutsch geprägt. Es ist klar: Dieser innere Zwiespalt, der sich einerseits aus dem Kampf gegen die Deutschen und andererseits aus dem Nicht-lebentönnen ohne die Deutschen ergibt, ist verderblich für den Charakter des tschechischen Volkes.

Die Tschechen versuchen, die Berechtigung ihrer politischen Selbständigkeit in den Grenzen von 1918 nicht nur staatsrechtlich, sondern auch volksgeschichtlich glaubhaft zu machen. Wenn sie heute verlangen, daß die tschechische Volksgrenze an die tschechoslowakische Staatsgrenze vorgerückt werden müsse, so geht auch diese Forderung, die von einem Volke erhoben wird, das nur die Hälfte der Staatsbevölkerung ausmacht, auf angebliche „historische Rechte“ zurück. Diese „Rechte“ werden aus einer Zeit hergeleitet, die vor der mittelalterlichen deutschen Zuwanderung liegt, also aus einer Zeit, in der Böhmen, das vorher viele Jahrhunderte germanischer Besiedlung erlebt hatte, zwar nicht ausschließlich, aber doch weit überwiegend slawisch besiedelt war — soweit es damals überhaupt eine

Besiedlung aufwies. Aus einem solchen geschichtlichen Denken heraus, das an einen willkürlich gewählten Zeitabschnitt anknüpft, wird dann die gesamte Leistung des Deutschtums in den Sudetenländern einfach gelehnet. Die Deutschen werden zu „Gästen“ und „Eindringlingen“ gestempelt, die in diesem Raum kein Lebensrecht haben und denen gegenüber den Tschechen das „Recht auf Verdrängung“ zusteht.

Während die Tschechen die heutigen Staatsgrenzen mit „historischen Rechten“ ideologisch zu verteidigen suchen, wo es sich um die Abgrenzung gegenüber dem Deutschtum und dem Madjarentum handelt, wird die Einstellung gegenüber den Karpaten-Ukrainern klar und nüchtern aus der machtpolitischen Lage entwickelt. Das hat vor reichlich zwei Jahren der heutige Staatspräsident Beneš bei seinem damaligen Besuch in der Karpaten-Ukraine bestätigt; er sagte: die weltpolitische Lage erfordere Frieden; den Frieden schüße die Kleine Entente; diese müsse ein territorial zusammenhängendes Gebiet umfassen; also gehöre die Karpaten-Ukraine „aus weltpolitischen Notwendigkeiten“ zur tschechoslowakischen Republik. Diese eheliche, machtpolitische Begründung für den Anspruch auf den Osten des Staatsgebietes sollte einmal in bezug auf den Gesamtstaat ausgesprochen werden!

Im Taumel des Kriegsendes, als die Mittelmächte zusammenbrachen, gingen die Machtansprüche des Tschechentums noch weiter. Der tschechische Imperialismus stellte damals zur Begründung seiner Ansprüche sehr gewagte Behauptungen auf: Wien sei eine tschechische Stadt, hieß es, und Budapest eine slowakische. Die nationale Unterwanderung sei in diesen beiden Städten so stark gewesen, daß sie slawischem Volkstum zugehörig seien. Und schließlich gaben die verstreuten kroatischen Siedlungen im Burgenlande den Vorwand dafür ab, einen slawischen „Korridor“ vom tschechisch-slowakischen zum südslawischen Gebiet zu verlangen. Waren die erstgenannten Forderungen nur Illusionen Einzelner, so wurde die Korridor-Forderung als eine staatliche vertreten.

Alle diese Ansprüche waren nicht „tschechoslowakisch“ sondern tschechisch. Hatten doch die Tschechen mit ihrer regen Auslandspropaganda auch erst die Slowaken für den gemeinsamen Staat gewinnen müssen. Im Pittsburger Vertrag vom 30. Mai 1918, der zwischen den Vorständen der slowakischen und tschechischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, nämlich der „Slowakischen Liga“, der „Tschechischen Nationalen Vereinigung“ und dem „Bund Tschechischer Katholiken“, abgeschlossen wurde, und den auch Masaryk unterzeichnete, hieß es: „Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihren eigenen Landtag und ihre eigenen Gerichte haben. Slowakisch wird Amtssprache in der Schule, bei den Behörden und im öffentlichen Leben sein“. Und einige Zeit später wurde zwischen Tschechen und Slowaken zu Turciansky Svätý Martin ein Abkommen geschlossen, das eine Formel enthalten haben soll, wonach die gemeinsame tschechisch-slowakische Staatlichkeit zunächst nur für zehn Jahre gelten sollte. Als dann die Slowaken die Erfüllung des Paktes verlangten, gaben ihnen die Tschechen zur Antwort, daß der Pittsburger Vertrag kein einziges Kennzeichen einer rechtlichen und politischen gültigen Urkunde aufweise! Die Vereinbarungen aus der Zeit, in der die Tschechen mit internationaler Hilfe einen eigenen Staat zu errichten bemüht waren, werden später, als das Ziel erreicht war, nicht eingehalten. Die gänzlich verschiedenen Lebensformen in den „historischen Ländern“ einerseits und der Slowakei andererseits bestehen auch heute noch fort. Eine Übereinstimmung zwischen Tschechen und wirklich volksbewußten Slowaken gibt es nur in wenigen Fragen. Die tschechische Einwanderung in die slowakischen Gebiete, vor allem die Besetzung der wichtigsten slowakischen Beamtenstellen mit Tschechen hat die Gegensätze nicht gemildert, sondern verschärft und erst recht fühlbar gemacht.

Die Tschechoslowakei ist das Ergebnis der Friedensdikate von Versailles und St. Germain. Das Bestehen einer französischen Militärmission in Prag zeigt, daß der Staat den Grundfragen seiner Entstehungszeit weiterhin verpflichtet ist. Die Rolle des Gegenspielers, die er damit in der Mitte Europas einnimmt, wird noch stärker betont, seitdem der russisch-tschechische Pakt geschlossen ist, der nicht nur diplomatisch und militärisch, sondern auch ideologisch und kulturell bestimmte Auswirkungen haben wird. Wie weit durch die Bindungen an die stärksten Militärmächte des Kontinents die staatliche Selbstständigkeit und vollkliche Existenz ernsthaft gefährdet wird, ist eine Frage, die die Tschechen (und Slowaken) selbst beantworten und schließlich einmal vor der Geschichte selbst verantworten müssen. S. G.

# Ostland-Chronik

## Ein typischer Fall

Die unerantwortliche Leichtfertigkeit, mit der der Bund der Polen in Deutschland „Ueberfälle“ auf Angehörige der polnischen Volkspolizisten erfindet, erbellt aus folgendem Vorgang: In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 1935 wurde dem sich zum Polentum bekennenden Kätner Poetsch in Göttingendorf (Kreis Allenstein) eine Fensterscheibe eingeworfen. Poetsch meldete den Vorgang weder beim zuständigen Polizeibüro, noch beschwerte er sich bei irgendeiner anderen Stelle, weil er als den Täter, den niemand gesehen hatte, einen nahen Verwandten vermutete, mit dem er aus familiären Gründen in Unfrieden lebt und der ihm vor einigen Jahren schon einmal ein paar Fensterscheiben eingeschlagen hatte und dafür auch gerichtlich bestraft worden war. Man kann sich das Erlaunen der Göttingendorfer Bewohner vorstellen, als sie davon erfuhren, daß der Bund der Polen bei den deutschen Amtsstellen eine Beschwerde eingereicht hat, in der er die dreifache Behauptung aufstellt, daß dem Poetsch zu Ostern d. J. von „minderheitsfeindlichen“ Elementen die Scheiben eingeschlagen worden seien! Diese böswillig agitierende „Arbeitsmethode“ des Bundes der Polen ist geeignet, das gute Einvernehmen zwischen der deutschen Bevölkerung und den polnischen Volkspolitikern zu stören. Der Fall Poetsch wirft auf die zweifelhafte Glaubwürdigkeit des Bundes der Polen und seiner „Vertrauensmänner“ ein sehr bezeichnendes Licht.

## Die Kapelle von Jomendorf

Die „Gazeta Olsztynska“ hielt es in ihrer Nummer vom 19. März d. J. für notwendig, sich über die Abhaltung eines deutschen Gottesdienstes in der kleinen Kapelle von Jomendorf (Kreis Allenstein) zu beschweren. Aus nicht recht ersichtlichen Gründen will ihre die Abhaltung deutscher Gottesdienste in dieser Kapelle „gefährlich“ erscheinen. Ihrem Bericht kann man entnehmen, daß ihr der Anklag, den die deutsche Andacht bei der Jomendorfer Bevölkerung gefunden hat, höchst unerwartet und unerwünscht gekommen ist. Die „Gazeta Olsztynska“ hat in ihrem Bericht u. a. behauptet, daß die Kapelle von dem Polen Chodrowski gebaut worden sei. Das

trifft nicht zu. Die Sache hat sich vielmehr folgendermaßen verhalten: Vor etwa 50 Jahren regte der Bauernsohn Johann Chodrowski, der sich selber ebensowenig zum Polentum bekannte, wie seine heute noch in Jomendorf lebenden Verwandten, den Bau des kleinen dörflichen Gotteshauses an. Zu den Geldern, die er von Haus zu Haus sammelte, trugen ebenso sehr deutsche wie polnische Volkszugehörige bei. Die Ziegel wurden unentgeltlich von zwei in deutscher Hand befindlichen Ziegeleien geliefert. Die beiden am Bau beschäftigten Maurer wurden von den Deutschen wie von den polnischen Dorfbewohnern abwechselnd verpflegt und beherbergt. Die Inneneinrichtung der Kapelle wurde von Kirchen der näheren und weiteren Umgebung als überzählige Stücke geschenkt. Die Polen haben also gar keinen Grund, die Kapelle als ihr spezielles Eigentum in Anspruch zu nehmen. Sie gehört der Gemeinde. Und die Gemeinde, nicht aber irgendein polnisches Blättchen hat darüber zu befinden, ob und wie oft dort deutsche Gottesdienste abgehalten werden.

Wasyk, Spychmann, wollte, nicht, mit,spnags..

In stark verzerrter Form berichtete die „Gazeta Olsztynska“ am 29. Mai d. J. über einen Vorfall, der sich einige Zeit vorher, am 12. Mai, in Schönbrück (Kreis Allenstein) ereignet hatte. Nach der Darstellung des polnischen Blattes soll der Organist Kłomfaj in „hinterhältiger Weise“ den Gesang polnischer Lieder während einer Leutertfeier für Pilsudski verhindert haben. Tatsächlich war es jedoch so, daß der Leiter der polnischen Jugendvereinigung des Dorfes, Hohmann, unmittelbar vor Beginn des Gottesdienstes dem Organisten eine Liste polnischer Lieder vorlegte, die er gesungen wissen wollte. Hohmann hatte sich dieserhalb weder mit dem Pfarrer in Verbindung gesetzt, noch dem Organisten rechtzeitig von seinem Wunsch Mitteilung gemacht. Es kam ihm offenbar darauf an, den Organisten mit seiner Forderung zu überumpeln. Als dieser dem polnischen Jugendleiter eröffnete, daß, wie üblich, die lateinische Chormesse gesungen würde, verließ der Pole mit seinen jugendlichen Anhängern die Kirche. Später behauptete er — und die

„Gazeta Dłozynska“ hat sich diese Behauptung zu eigen gemacht — daß die polnischen Jugendlichen lateinisch nicht verständen und deshalb nicht hätten mitsingen können. Das polnische Blatt scheint über die katholischen Kirchenbräuche nur mangelhaft unterrichtet zu sein. Sonst müßte ihm bekannt sein, daß es 1. üblich ist, bei Trauergottesdiensten die lateinische Chormesse zu singen, und daß 2. Text und Melodie dieser Messe in jedem polnischen Gesang- und Choralbuch steht, also doch wohl auch der polnischen Jugendgruppe von Schönbrunn, deren Mitglieder doch (hoffentlich!) fleißige Kirchgänger sind, nicht unbekannt ist. Es lag keine Veranlassung vor, von dem ortsüblichen und auch in Polen gepflegten Bräuche abzuweichen.

### „Kein Anlaß zum Eingreifen“

Am 24. Mai wurde, wie seiner Zeit berichtet, eine Veranstaltung der Jungdeutschen Partei in Rydułtau (Ostoberschlesien) von etwa 200 mit Knäppeln, Messern, Döhsensiemern usw. bewaffneten polnischen Aufständischen überfallen. Dabei wurden etwa 70 Deutsche verletzt. Der Landesleiter der Jungdeutschen Partei, Senator Wiesner, hatte sich in dieser Sache mehrfach an den Ministerpräsidenten Skłodowski und den Wojewoden Grażyński gewandt. Er hatte weiter bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die Hauptschuldigen des Ueberfalles erstattet und durch die Beifügung ärztlicher Gutachten und eidesstattlicher Erklärungen seine Anzeige eingehend begründet. Von Seiten der polnischen Staatsanwaltschaft ist jetzt die strafrechtliche Verfolgung der Banditen abgelehnt worden. Die Staatsanwaltschaft hat sich darauf beschränkt, Senator Wiesner kurz mitzuteilen, daß sie „infolge Mangels an Grundlagen für die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens“ die Untersuchung eingestellt habe, und hinzugefügt, daß es den Geschädigten frei stehe, eine Zivilklage einzureichen. Dieser Fall ist für die anormalen Rechtszustände in Polen bezeichnend. Ein organisierter Ueberfall, bei dem 70 Menschen verletzt werden, ist für die polnische Staatsanwaltschaft kein zureichender Grund, nach dem Rechten zu sehen. Senator Wiesner hat gegen den Bescheid der Staatsanwaltschaft die weiteren zu Gebote stehenden Rechtsmittel in Anspruch genommen. Es wäre zur Klärung der Frage, ob Polen Wert darauf

legt, als Rechtsstaat angesehen zu werden, nur wünschenswert, wenn der Fall Rydułtau von den geschädigten Deutschen einmal bis zu Ende durchgepaudt würde, d. h. entweder bis zur exemplarischen Bestrafung der ausländischen Knäppelhelden oder bis zu dem ausdrücklichen Eingeständnis, daß die Deutschen in Polen schutz- und rechtlos allen Gewalttätigkeiten ausgesetzt sind.

### „Przyjaciół Ludu Kaszubskiego“

Die polnische Presse hat entdeckt, daß seit einiger Zeit wieder eine kaschubische Zeitschrift erscheint, die der mit allem Nachdruck betriebenen Polonisierung der Kaschuben durch die Betonung und Pflege des kaschubischen Volkstums entgegenzutreten versucht. Das Blatt ist schon einmal vor Jahren unter dem Titel „Przyjaciół Ludu Kaszubskiego“ („Kaschubischer Volksfreund“) erschienen, hat damals aber nach einigen Monaten unter polnischem Druck wieder eingestellt werden müssen. Mit derselben Energie, wie damals im Jahre 1928, scheinen die polnischen Anhänger einer restlosen Vernichtung des kaschubischen Volkstums auch jetzt wieder dem neu erscheinenden Blatt entgegenzutreten zu wollen. Im „Dzienn Pomorski“ wird der Herausgeber und Schriftleiter des „Kaschubischen Volksfreundes“, der pensionierte Lehrer Johann Głock, als politisch verdächtig bezeichnet. Die Zeitschrift, heißt es, verbreite „unter dem Deckmantel der Pflege der kaschubischen Sprache antislaawische Losungen“; sie sei „einer der Herde der deutschen (!) separatistischen Aktion“. Der „Przyjaciół Ludu Kaszubskiego“ müsse „ein für alle Mal aus der Kaschubei verschwinden“. Im Lager der Polonisierungspolitik hat man anscheinend in der kaschubischen Frage kein reines Gewissen. Es ist übrigens auch schwer zu verstehen, wie diese Kreise auf der einen Seite bittere Tränen über den „Untergang der elbe- und oderflamischen Stämme“ vergießen können, während sie zu gleicher Zeit in ihrem eigenen Lande alle Mittel aufbieten, um einen wirklich noch vorhandenen Rest dieser nichtpolnischen Stämme, eben das kaschubische Volkstum, zum Erlöschen zu bringen.

### Der „zweite Mann“ in Polen.

Ministerpräsident General Skłodowski hat am 14. Juli an alle Amtsstellen Polens ein Rundschreiben folgenden Wortlauts erlassen: „Entsprechend dem Willen des Staatspräsidenten ordne ich folgendes an: General Eduard

Rydz-Smigly, der vom Marschall Josef Piłsudski zum Ersten Verteidiger des Vaterlandes und zum Mitarbeiter des Staatspräsidenten in der Führung des Landes ernannt worden ist, muß stets als erste Persönlichkeit im Staate nach dem Staatspräsidenten angesehen werden. Alle Staatsbeamten mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze müssen ihm die ihm zustehenden Ehren und Gehorsam entgegenbringen. Demnach ist der Generalinspekteur der Armee, als „zweiter Mann im Staate“, als entscheidend auch für alle politischen Fragen bestätigt worden. Das Rundschreiben des Ministerpräsidenten bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Militärherrschaft in Polen. „Die besonderen geopolitischen Bedingungen Polens“, bemerkte die halbamtliche „Iskra“-Agentur dazu, „wie auch die historischen Erfahrungen Polens gebieten der Nation eine angespannte Wachsamkeit und Vorsorge auf dem Gebiete der Wehrhaftigkeit sowie der psychischen und materiellen Kampfbereitschaft der Bürger. Daher nimmt der Mann, der die Fürsorge und die Gewalt über den Komplex der Kräfte und Mittel ausübt, die der Erhaltung und Unantastbarkeit der Republik dienen, in den Augen der Nation eine besondere Stellung ein.“

#### General Delicz-Dreszger †

Wenige Tage nach seiner Ernennung zum Inspekteur der Luftverteidigung fiel General Gustav Delicz-Dreszger einem Flugzeugunfall zum Opfer. Ueber der Ostsee vor Adlershorst bei Ödingen stürzte das Flugzeug, mit dem Delicz-Dreszger seiner aus Amerika zurückkehrenden Gattin entgegenzulegen wollte, wahrscheinlich infolge Motorschadens ab. Der General, sein Stabschef Oberst Loh und der Flugzeugführer kamen dabei ums Leben. Für die polnische Armee und vor allem die polnische Luftwaffe bedeutet der Tod Delicz-Dreszgers einen schweren Verlust. Der Tote hat zu den engsten Mitarbeitern des Marschalls Piłsudski gehört. Während der letzten Jahre ist er politisch vor allem durch seine Tätigkeit als Präsident der polnischen See- und Kolonialliga hervorgetreten. Als solcher hat er sich energig für die machtpolitische Wendung Polens gegen Norden und Westen, also gegen Deutschland, eingesetzt. Jetzt ist er in der Ostsee, auf die er die Macht Polens gegründet sehen wollte, ertrunken. In Warschau erschienen die Extra-

blätter mit der Nachricht vom Tode Delicz-Dreszgers gerade in dem Augenblick, in dem in der Stadt ein vor 200 polnischen Organisationen und an erster Stelle von dem Toten unterzeichneter Aufruf angebracht wurde, der die Erweiterung der polnischen Rechte in Danzig verlangte. Delicz-Dreszger ist in Ödingen beigesetzt worden.

#### Polen und das Kaiserreich Aebessinien

Der neue italienische Botschafter in Warschau, Arcene di Valentino, wurde am 21. Juli vom polnischen Staatspräsidenten Moscicki mit betonter Freundschaft im Krakauer Marwal empfangen. Schon vorher hatte sich die Presse eingehend mit der Frage befaßt, wie der polnische Staatspräsident bei dieser Gelegenheit zu der von Italien gewiß erwarteten formellen Anerkennung des Kaiserreiches Aebessinien verhalten werde. Für Polen als „treues“ Völkerbundsmitglied, das auf die gute Laune Englands einigen Wert legen muß, es andererseits aber auch mit Italien nicht gern verderben möchte, ist das unter den gegenwärtigen außenpolitischen Verhältnissen eine recht peinliche Frage gewesen. Der Staatspräsident hat eine formelle Stellungnahme vermieden. Denn während der italienische Botschafter, wie zu erwarten war, in seiner Ansprache die Formel „Seine Majestät, der König von Italien und Kaiser von Aebessinien“ gebrauchte, beschränkte sich der Staatspräsident darauf, von dem „erhabenen Monarchen“ zu sprechen. Das kann formell sowohl eine Anerkennung wie eine Ignorierung des von Viktor Emanuel angenommenen Kaisertitels sein. Praktisch bedeutet diese Formel, daß Polen das aebessinische Kaiserreich noch nicht anerkannt hat.

#### Eisenbahnlinie Schwerein (Warthe) —

##### Altbeelitz

Am 5. August wird das Reststück der vollspurigen Nebenbahn Schwerein (Warthe) — Altbeelitz bei Kreuz an der Ostbahn in Betrieb genommen. Der Baubeginn dieser neuen, rund 51 Kilometer langen Bahnstrecke fiel etwa mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus zusammen. Eine Teilstrecke wurde bereits im Herbst v. J. dem Verkehre übergeben. Die Strecke führt von Schwerein über Morcn, Lipke (Neumark), Gusch, Guschter Holländer, Gottschimm, Trebitzsch (Neumark) und Driefen-Ed nach Altbeelitz bei Kreuz, wo die Verbindung mit

der Ostbahn hergestellt ist. Durch die neue Bahnstrecke wird ein dicht besiedeltes und landwirtschaftlich reiches Gebiet verkehrspolitisch erschlossen; die bisherige Marktförderung wird durch die neue Verkehrsader im wesentlichen behoben.

**Man kann den Spieß auch umkehren!**

Seit längerer Zeit schon sind die litauischen Gelehrten, bezw. Leute, die sich dafür halten, dazu übergegangen, die alten Preuzen kurzerhand als Litauer zu bezeichnen. Diese Behauptung verbindet sich in der litauischen Propaganda mit der anderen These, die da behauptet, daß es möglich sei, das alte pruzzische Stammesbewußtsein in den heutigen Benohnenen Ostpreußen wieder wachzurufen und das volkspolitische Geschehen von sechs oder sieben Jahrhunderten gleichsam ungeschehen zu machen. Aus diesen beiden Thesen wird dann von litauischer Seite ein ethnographischer Besitzanspruch auf Ostpreußen abgeleitet. Die Litauer, die solche Dinge erzählen, scheinen gar nicht zu merken, daß sich aus

ihren Thesen auch eben so gut ganz gegenteilige Folgerungen ziehen lassen. Es ist nämlich, wenn man einmal die litauischen Behauptungen gelten läßt, durchaus nicht einzusehen, warum gerade die Litauer einen Anspruch auf Ostpreußen, warum nicht vielmehr die Ostpreußen einen Anspruch auf Litauen haben sollten. Wenn die Litauer noch lange mit derartigen geschichtlichen Thesen operieren, dann könnte sich eines Tages die Frage erheben, ob es nicht angebracht ist, daß diese Thesen von deutscher Seite aufgegriffen und in deutschem Sinne entsprechend angewandt werden. Die Litauer meinen, mit ihrer Preuzen-Propaganda einer Expansion ihres Staates über Ostpreußen einen Dienst zu erweisen. Die Welt könnte eines Tages in der Ansicht gelangen, daß sich mit den litauischen Thesen ebenso gut eine deutsche (preussische) Expansion über Litauen begründen läßt. Eine politische Propaganda hat schon öfters ganz andere Folgen gehabt, als es sich ihre Träger hatten träumen lassen.

## Bücher über den Osten

**Das Dorf an der Grenze.** Roman von Gottfried Rothacker. Verlag Albert Langen/Georg Müller, München 1936. 299 Seiten. Preis Ganzleinen 4,80 RM. — Das Rothacker in diesen Erzählungen eines Schullehrers aus Schladorf, einem Dorf an der Volkstumsgränze, geschrieben hat, das ist geradezu volkspolitischer Anschauungsunterricht. „Schladorf“ — das ist irgendein Dorf unter tausenden, das in der Ischeide liegen oder in Polen. Es liegt überall, wo deutsches Volkstum den täglichen, an den Nerven zerrenden Kampf um seinen Bestand gegen slawisches Volkstum durchkämpfen muß. Es zählt nur ein paar hundert Seelen. Aber es ist wie ein Grabenstück im großen Kriege, von dessen Verlust oder Behauptung das Schicksal eines ganzen Frontabschnittes abhängen konnte. Rothacker erzählt vom Volkstumskampf; von der formalen Gleichberechtigung vor dem Gesetz, die in der Wirklichkeit zu brutaler und hinterlistiger Ungerechtigkeit wird, vom verblissenen Aingen um die Seelen der Kinder, vom Verrat am Volkstum und vom Schicksal der Kenegaten, vom Wachsen einer verschworenen Gemeinschaft, die sich gegen die leibliche Not erhebt und die feilsche Verzagtheit überwindet, von all den Schlägen und Bitternissen, denen Millionen deutscher Menschen unter slawischer Herrschaft täglich ausgesetzt sind, und von dem Stolz zäher Behauptung. Er erzählt von der Front, an der sich im Osten gesamtdeutsches Schicksal entscheidet. Wohl noch

niemals ist von diesen Dingen mit solcher Wärme des unmittelbaren Erlebens und mit solcher Aufgeschlossenheit für das Allgemeingültige im Einzelfall berichtet worden wie hier. Dieses Buch braucht jeder, der etwas vom Volkstum an der Grenze wissen will. Dr. K.

**Volk und Boden.** Ein Wegweiser durch die deutsche Volksgeschichte auf geopolitischer Grundlage. Von Dr. Hermann Dregghaus, Dr. Erich L. Schmidt und A. Hillen Rieggfeld. Verlag Georg Westermann, Braunschweig-Berlin-Hamburg 1936. — Von dieser auf drei Bände berechneten Geschichte des deutschen Volkes liegt der 1. Band vor, der bis zum Westfälischen Frieden von 1648 reicht. Dieses neue, für den Lehrbetrieb bestimmte Geschichtsbuch versucht, den nationalsozialistischen Grundsätzen der Geschichtsbetrachtung Rechnung zu tragen. Dieser Versuch kommt in der Hauptfrage darin zum Ausdruck, daß der Darsteller der germanischen Vork- und Frühgeschichte den ihr gebührenden breiten Raum zugeteilt hat, ferner darin, daß auch die mittelalterliche Wiederbesiedlung des altgermanischen Volkshodens im Osten stärker betont worden ist, als es früher in ähnlichen Lehrbüchern der Fall zu sein pflegte. Das geopolitische Moment aber, das im Titel des Buches besonders hervorzuheben wird, ist lediglich in den (allerdings zahlreichen und anschaulichen) Kartenfzissen, die von der bewährten

Hand Hillen Siegfelds stammen, zum Ausdruck gekommen. Auch das rassistische Moment, das doch in der heutigen Geschichtsauffassung eine maßgebliche Rolle spielen soll, kommt kaum zur Geltung. Schließlich hält das Buch insofern nicht alles, was es verspricht, als es nach überkommener Betrachtungsweise noch zu sehr vom Staatlichen oder Dynastischen ausgeht und das Volkwerden in der Darstellung zu kurz kommen läßt. Weber das geopolitische noch das rassistische und das volkliche Element ist hinreichend vertieft und wirklich in den Stoff hineingearbeitet worden. Das Buch ist ein Fortschritt auf dem richtigen Wege, aber doch erst ein Versuch, der noch nicht genügend ausgereift ist. Den beiden folgenden Bänden ist eine weitere Vertiefung in der der nationalsozialistischen Geschichtsbetrachtung entsprechenden Richtung zu wünschen. Dr. R.

Sieben Preußen als Bahnbrecher des deutschen Gedankens. Von Otto Weber-Krohse. Schlieffen Verlag Berlin. 1936. 508 Seiten Ganzleinen 11.— *R.M.*, Halblein 7.— *R.M.* — Otto Weber-Krohse hat in seinem neuesten Buch einen geistvollen und originellen Begriff des Preußentums herausgearbeitet, in dem er norddeutschen Raum mit einer bestimmten geistigen Wesenhaftigkeit, außenpolitische Gesetze und weltanschauliche Ideen miteinander verbindet, einen Traditionsbegriff, der in seinen entscheidenden Punkten weniger von einer genauen Erfassung vergangener geschichtlicher Zusammenhänge und Kräfte als von den Ideen unserer Zeit, freilich in ganz persönlicher Prägung, bestimmt ist. Die sieben Persönlichkeitsdarstellungen (Der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I., Herzberg, Jork, Ernst August von Hannover, Bismarck, Schöveinich) stellen im Grunde nur den Beweis seiner politischen These am historischen Stoff dar, aber da sie von einem so fest geschlossenen und durchdachten Begriff ausgehen, gehen sie bei allen harten und unrichtigen Urteilen geistvolle und scharf aufgebaute Bilder dieser politischen und militärischen Führerköpfe. Nun ließe sich leicht beweisen, daß diese historischen Charakteristiken allesamt verzerrt sind, daß vieles nicht gesehen, und überall das Bild zugunsten der eigenen These ins Unrichtige abgezogen ist. Der Große Kurfürst ist beispielsweise stark verzeichnet, denn sein Genie bestand gerade in der Wendigkeit, mit der er in der wechselnden Konstellation der Großen Mächte emporgeliegen suchte, was ihm Weber-Krohse aber als Verstoß gegen die außenpolitische Gesetzmäßigkeit des preussischen Kampfes ankreidet. Herzberg, der doch noch ganz in der zeitgenössischen Ansicht damaliger Kabinettspolitik und ihrer Gleichgewichtsideen lebte, wird zum Träger ewiger „preussischer“ politischer Wahrheiten gesehmpelt. Das, wie gesagt, ließe sich leicht beweisen. Und dennoch bliebe in dem Buch noch immer etwas zurück, was Bewunderung erregt und zur Anerkennung zwingt. Da ist einmal die geistvolle Form dieser Studien, die scharfen Urteile, der belebte Schwung der Darstellung, was alles in unserer historischen Literatur nicht allzu häufig ist. Aber

selbst über seine Ansichten und inhaltlichen Schilderungen wird man nicht hinweggehen können. Es sind nun freilich keine historischen Darstellungen, wie sie im wissenschaftlichen deutschen Schrifttum üblich sind, aber es ist eine ungemein anregende historische Schau, die, im einzelnen unrichtig, dem historischen Denken starke Anregung zu geben geeignet ist. Die letzten Schilderungen beschäftigen sich mit Persönlichkeiten, die im konservativen Denken des 19. Jahrhunderts leben. Aus unserer Epoche, die eine Ueberwindung des liberalen Staatsdenkens erreicht hat, lenkt Weber-Krohse den Blick zurück auf die Anfänge des weltanschaulichen Kampfes gegen den Liberalismus und sucht Persönlichkeiten und Ideenwelt zu erfassen, auf denen nach der Ueberwindung des verfehlten politischen Weges im 19. Jahrhundert das moderne Denken seine wirkliche Tradition zu finden vermag. So streift sein Blick über Persönlichkeiten, die bisher wenig beachtet wurden und erfasst Bismarck von einem neuen Blickwinkel aus. J. G.

Die goldenen Schlösser. Roman von Friedrich Bischoff. Propyläen-Verlag, Berlin 1935, 561 Seiten. Preis Ganzleinen 8,50 *R.M.* — Dieser Roman ist die Lebensgeschichte eines Findelkinde, eine Geschichte, die tief eingebettet ist in den oft wirren Wunderglauben der weltfernen Menschen des Kienengebirges. Breit ausgebreitet, aber doch mit Spannung geladen sind die hintergründigen Grübeleien, mit denen diese einfachen Berg- und Waldmenschen die niemals ganz aufgeläutete Herkunft des Mädchens Agnes umgeben und dessen zwischen Wachsen und ansterfalltem Dämmern schwankendes Leben verfolgen. Uralter Volksglaube, gegen den der streibare und mitunter doch selber wieder wandelnde werdende Pfarreer vergebens ankämpft, sucht in dem Kinde, das die Berge dem armen Dorfe geschenkt haben, seine Erfüllung; der Glaube an die goldenen Schlösser im Schoße der Berge. Friedrich Bischoff beweist in der Zeichnung der schwierigen Charaktere eine große Gestaltungskraft, die ihn in den Kreis der namhaften schlesischen Dichter einreißt. Dr. R.

Kanzen nieder! Von Richard Boleslawski. Propyläen-Verlag, Berlin 1936. 340 Seiten. Preis 4,00 *R.M.* — Mit dem ersten Buch von Boleslawski „Polnische Ulanen“ steht das vorliegende Buch, obwohl es dessen Fortsetzung ist, nur in losem Zusammenhang. Es spielt 1917, nach dem Zusammenbruch des Zarereiches, in Moskau. Der Kampf zwischen den Roten und Weißen geht durch die Straßen der Stadt. Inmitten der Unruhen verdedt sich das Studio des Moskauer Kunsttheaters, in das Boleslawski aus dem Kriege zurückgekehrt ist, als neutrale Insel zu erhalten. Aber auch in diese kleine Gemeinschaft dringt die politische Erregung hinein und führt ihre Glieder auf verschiedene Wege. Anschaulich werden einzelne Episoden des aussichtslosen Kampfes der tapferen Kadetten gegen die Bolschewisten geschildert; merkwürdig wirkt die halb interess-



lose, halb neugierige Haltung, mit der nach der Darstellung Volcaslawskis der größere Teil der Moskauer Einwohner die Straßenkämpfe verfolgte.

Dr. K.

Der Kampf um den Erdraum. Kolonien vom Altertum bis zur Gegenwart. Von Paul Ritter. Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig, 1935. 348 Seiten mit 32 Bildtafeln und 12 Karten. Preis Ganzleinen 6.— RM. — Die Schwierigkeiten der deutschen Rohstoffversorgung und der ostafrikanische Krieg haben der Forderung nach deutschem Kolonialbesitz neuen Auftrieb gegeben. Die Führerrede vom 7. März hat die Bedeutung dieser Frage, im Zusammenhang mit der Erwägung eines Wiedereintrittes Deutschlands in den Völkerbund, unterstrichen. Es ist also wohl nicht überflüssig, daß sich das deutsche Volk wieder stärker, als es seit dem Ende des Krieges geschehen ist, mit der Kolonialfrage befaßt. Paul Ritter gibt in seinem Buch einen geschichtlichen Überblick über die kolonialen Bewegungen aller Völker und Zeiten. Von den Phöniziern, Hellenen und Römern angefangen, über die Araber, Mongolen und Normannen verfolgt er die Geschichte der Kolonisierung zu den Portugiesen, Spaniern, Engländern und Franzosen, den Russen, Amerikanern, Italienern und Japanern. Unter dem Begriff „Kolonisation“ wird sowohl die Er-

schließung überseeischer Gebiete, wie die Landnahme in Europa verstanden. Ob diese gemeinsame Firmierung doch offensichtlich sehr unterschiedlicher Expansionsvorgänge richtig und zweckmäßig ist, mag dahingestellt bleiben. Ueber ein Drittel des Buches ist der kolonisationspolitischen Leistung der Deutschen gewidmet. Die Osterbewegung des deutschen Volkes wird ebenso berücksichtigt, wie die Auswanderung von Millionen deutscher Menschen aller Stämme in überseeische Gebiete fremder Staatshoheit. Kolonisieren — das ist zu allen Zeiten das Recht und der Drang großer Völker gewesen. Aber kein Volk hat, indem es dieses Recht in Anspruch nahm und diesem Drange folgte, sein Blut so hemmungslos zum Nutzen und Ruhme fremder Staaten und Völker verschwendet, wie das deutsche. Wäre all das deutsche Blut, das fremde Länder befruchtet hat, ausschließlich für die Belange des eigenen Volkes und Landes eingesetzt worden, die Welt hätte heute ein anderes Gesicht! Daß der Nutzen der kolonisationspolitischen Arbeit des deutschen Volkes in ein angemessenes Verhältnis zu den Opfern dieser Arbeit gebracht werden muß, das ist vielleicht der zwingendste Grund, der sich für die Forderung nach ausreichendem deutschen Kolonialbesitz anführen läßt. Das ist auch der stärkste Einbruch, den das Buch Ritters hinterläßt.

Dr. K.

## Der Bevölkerungsdruck im deutsch-polnischen Grenzgebiet

Von Diplomvolkswirt Friedrich Rof.

85 Seiten, 12 Kartentafeln und Diagramme.

Wenn Deutschland im Osten bestehen will, dann genügt es nicht, daß es sich in acht politisch behaupten kann. Es muß sich auch und vor allem v o l k s - politisch behaupten. Ein Vergleich der bevölkerungspolitischen Entwicklung im deutschen mit der im polnischen Grenzgebiet, ergibt eine fortschreitende Aushöhlung des deutschen, aber eine andauernde Festigung des polnischen Gebietes. Wenn man bedenkt, daß sich z. B. die Bevölkerung Pommerns prozentual 18 mal so schnell wie in Ostpreußen vermehrt, dann versteht man den ganzen Ernst der bevölkerungspolitischen Entwicklung im Osten, die in der Arbeit von Friedrich Rof eingehend dargestellt wird.

Zu beziehen vom Schulungsamt des Bundes Deutscher Osten,  
Königsberg i. Pr., Französische Straße 20.

Preis 1.— RM.

# Bücher unserer Zeit

RUDOLF SCHRICKER

## Das Ende von Versailles

Mit 94 Abbildungen

Der Geist von Versailles, die Quelle der Verleumdung Europas, mußte aus dem deutschen Volke verschwinden, um das friedliche Aufbauprogramm Adolf Hitlers nicht zu gefährden. Rudolf Schrieker, der bekannte Autor geschichtspolitischer Werke, enthält mit schonungsloser Offenheit den Küstergewahrsinn der Welt, die ewige Bedrohung und Herausforderung deutscher Lebensinteressen und beweist mit unwiderlegbarer Sachlichkeit, daß nicht das deutsche Volk, sondern die alliierten Mächte selbst das Diktat von Versailles gedrohen und illusorisch gemacht haben. In 100 packenden Aufnahmen, die einer friedlosen Welt das friedliche Deutschland gegenüberstellen, zeigt sich das wahre Gesicht des heutigen Europa.

S. ZOGLMANN / H. HOFFMANN jr.

## Jugend erlebt Deutschland

Mit 64 Abbildungen. Geleitwort: Balduar von Schirach

Deutsche Jugend aller Länder erlebt das neue Deutschland. In 64 meist ganzseitigen Bildern zeigen die Verfasser S. Zoglmann und H. Hoffmann jun. den Geist, der die Jugend Adolf Hitlers befeuert. Ein bezwingendes Bildokument von bleibendem Wert ist dieses Buch, ein Bekenntnis zu Völkerverständigung und Völkerfrieden.

EHRING-REINECKER

## Jugend in Waffen

Mit 80 Abbildungen

Während das neue Deutschland seine Jugend zu friedlicher Aufbauarbeit erzieht und sich bemüht, der jungen Generation die Schrecken des Krieges fernzuhalten, wird in vielen Ländern Europas die heranwachsende Jugend militärisch geschult und ausgebildet. Ehring-Reinecker stellen in etwa 80 einzigartigen Bildern dieser militärischen Erziehung fremdvölkischer Jugend jenen friedlichen Aufbauwillen entgegen, der die Träger der deutschen Zukunft — die Hitlerjugend — beherrscht.

285  
RM

Jeder Band kart.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW61